

Corona-Krise – 06. März 2020

Ein Konjunkturprogramm speziell für Unternehmen

Die gesamtwirtschaftliche Lage ist fragil. Klassische Konjunkturprogramme zur Stimulierung der Nachfrage verpuffen in Zeiten eines Corona-Schocks jedoch schnell. Schnelle Hilfe sollte unmittelbar bei den Unternehmen ansetzen.

von Axel Schrinner

Die Idee klingt erstmal einleuchtend. Droht der Wirtschaft eine Schwächephase, springt der Staat ein und stimuliert die Konjunktur mit defizitfinanzierten Steuersenkungen und höheren öffentlichen Ausgaben. Ist die Wirtschaft später wieder auf Touren gekommen, holt sich der Fiskus das Geld über Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen zurück und begleicht die im Abschwung gemachten Schulden.

Gegenwärtig steht die deutsche Wirtschaft womöglich am Rande einer Rezession, weil eine ohnehin seit über einem Jahr schwächelnde Industrie nun auch noch die Folgen des Corona-Ausbruchs in China bewältigen muss. Niemand kann derzeit zuverlässig vorhersagen, welches Ausmaß diese Krise haben und vor allem wie lange sie anhalten wird.

Die OECD hat deshalb ihre Konjunkturprognose für Deutschland leicht nach unten revidiert. Anstatt der im November geschätzten 0,4 Prozent dürfte die deutsche Wirtschaft dieses Jahr lediglich um 0,3 Prozent zulegen, so die Industrieländerorganisation. Hinzu kommen nach deutscher Lesart allerdings noch 0,4 Punkte aufgrund der höheren Anzahl von Arbeitstagen, die die OECD traditionell nicht ausweist.

Nun dauern Schiffspassagen von Schanghai nach Europa fünf bis sechs Wochen. Somit ist klar, dass die Probleme durch Produktionsausfälle in China, die zur Unterbrechung von Lieferketten führen können, sich erst jetzt allmählich bemerkbar machen werden. Selbst wenn die chinesische Wirtschaft gerade offenbar wieder an Fahrt gewinnt, werden die Folgen hierzulande noch bis weit ins zweite Quartal hineinreichen. „Kurzfristig bedeutet die Verbreitung des Coronavirus auch für die deutsche Wirtschaft ein zusätzliches Risiko. Nach den derzeitigen Informationen erwarte ich, dass dieses Risiko sich zum Teil auch materialisieren dürfte“, warnt Bundesbankpräsident Jens Weidmann.

Darüber hinaus drohen Konjunkturunbußen, sollte sich in Deutschland die Lage verschärfen und Betriebe vorübergehend geschlossen, Veranstaltungen abgesagt und womöglich sogar

Mobilitätsbeschränkungen verhängt werden. Kein Wunder also, dass erste Rufe nach einem Konjunkturprogramm laut werden. „Die Bundesregierung sollte nun zügig handeln und auch ein Maßnahmenpaket vorbereiten, um Unternehmen und Konsumenten zu unterstützen und den wirtschaftlichen Abschwung abzufedern“, fordert – wenig überraschend – DIW-Chef Marcel Fratzscher.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) demonstriert Entschlossenheit: „Wenn die Lage es erforderte, dass ein solcher Impuls nötig wird, haben wir auch die Mittel, ein Konjunkturprogramm aufzulegen.“ Medizinische Nothilfe könne aus dem laufenden Etat bestritten werden. „Sollte es darüber hinaus zu schweren Verwerfungen in der Weltwirtschaft kommen, etwa weil weltweit Märkte und Produktionsstätten beeinträchtigt werden, haben wir alle Kraft, um darauf schnell, entschieden und stark zu reagieren“, betont der Vizekanzler – und lässt offenbar intern bereits berechnen, wie die Schuldenbremse ausgehebelt werden kann.

Dabei steht die Schuldenbremse einem Konjunkturprogramm nicht im Wege. Zum einen wird der Staat dieses Jahr nach bisherigen Prognosen erneut deutliche Überschüsse erwirtschaften, so dass Spielraum für ein solches Programm vorhanden wäre. Zudem hat die Schuldenbremse eine Öffnungsklausel für „Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen“, zu denen man einen heftigen Corona-Ausbruch in Deutschland durchaus zählen könnte. Neue Argumente, um die Schuldenbremse zu bekämpfen, bringt Corona also nicht.

Die weit wichtigere Frage ist jedoch, wie ein Konjunkturprogramm ausgestaltet sein und was es leisten könnte. Klassische Konjunkturprogramme zielen nämlich darauf ab, fehlende private Nachfrage durch staatliche Nachfrage zu ersetzen. Bekanntermaßen vergehen aber oftmals Jahre, bis zusätzliche staatliche Investitionen tatsächlich realisiert werden.

Wegen der sehr langen Vorlaufzeit scheiden sie als kurzfristiger Stimulus damit aus. Ferner könnte der Staat zusätzliches Personal einstellen und damit die privaten Einkommen erhöhen. Doch auch dies kostet einerseits Zeit, und andererseits ist der Arbeitsmarkt für Fachkräfte in weiten Teilen leergefegt, so dass öffentliche Arbeitgeber schon jetzt Probleme haben, offene Stellen zu besetzen.

Somit verbleiben Steuer- und Abgabensenkungen, Konsumgutscheine oder Abwrackprämien. Sie würden das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte unmittelbar erhöhen. Die konjunkturelle Wirkung wäre umso größer, je höher die Konsumneigung der begünstigten Haushalte wäre, mit anderen Worten: je geringer deren Einkommen ist.

Denkbar wäre beispielsweise, den beschlossenen Soli-Teilabbau rückwirkend auf den Jahresstart 2020 vorzuverlegen, Empfängern von Grundsicherung einen Einkaufsgutschein zu schenken sowie

eine Abwrackprämie für veraltete Stromfresser in Privathaushalten, also etwa für Wasch- und Spülmaschinen sowie Wäschetrockner.

Die Frage ist nur: Was bringt das?

Vermutlich würden all diese Maßnahmen dem privaten Konsum einen Schub versetzen. Doch daran hapert es derzeit in Deutschland nicht. Der private Konsum wird aller Voraussicht nach auch dieses Jahr wieder ein wichtiges Standbein der Konjunktur sein. Die deutsche Wirtschaft leidet derzeit nicht unter einem Nachfrageschock.

Vielmehr drohen Produktionsausfälle wegen fehlender Vorprodukte aus China und womöglich aufgrund von geschlossenen Betrieben infolge von Quarantäne. Selbst für Betriebe, die nicht direkt betroffen sind, ist es durchaus rational, angesichts der hohen Unsicherheit, erst einmal abzuwarten und geplante Investitionen und Neueinstellungen vorerst zurückzustellen. Doch gegen so einen Angebotsschock helfen klassische Konjunkturprogramme nicht.

Welche Optionen hat also die Regierung, um die Wirtschaft im Rahmen einer Corona-Krise anzukurbeln?

- Am wichtigsten ist, dass sie keine Kosten und Mühen scheut, um die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen.
- Zudem kann sie durch großzügiges Kurzarbeitergeld versuchen, betroffene Unternehmen zu stützen – eine solche Regelung wurde jüngst bereits verabschiedet.
- Zudem wäre es möglich, in begründeten Fällen Steuervorauszahlungen zu stunden und damit die Liquidität der Unternehmen zu sichern.
- Denkbar wären auch Notkredite von der KfW, falls einzelne an sich solide Unternehmen etwa durch längere Betriebsschließungen Gefahr laufen, insolvent zu werden.
- Sollte die Corona-Gefahr womöglich eskalieren, könnte die Ankündigung eines umfassenden Schutzschildes für die Wirtschaft starke Signalwirkung entfachen und womöglich Panikreaktionen verhindern.

So war es die wohl beste Entscheidung der damaligen Bundesregierung, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise eine glaubhafte Garantie für die Spareinlagen der Bürger auszusprechen; so konnte einem drohenden Ansturm auf die Banken vorgebeugt und Panik zu verhindert werden. Und auch EZB-Präsident Mario Draghi beendete 2011 mit seiner „Whatever-it-takes“-Rede die Spekulationen gegen den Euro.

Manchmal helfen starke Worte eben mehr als gut gemeinte Taten.